

## **Öffentlich-rechtliche Namensänderung**

### **Informationsblatt nach Art. 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)**

#### **Kontaktdaten des Verantwortlichen:**

Stadt Peine, Der Bürgermeister Klaus Saemann, Kantstr. 5, 31224 Peine,

[buergermeister@stadt-peine.de](mailto:buergermeister@stadt-peine.de), Tel. 0 51 71 49220

#### **Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:**

Herr Leif Erichsen, Hannoversche Informationstechnologien (HannIT) AöR,

Hildesheimer Str. 47, 30169 Hannover [datenschutz@hannit.de](mailto:datenschutz@hannit.de), Tel. 0511 70040-321

#### **Zweck der Datenverarbeitung:**

Zweck ist die öffentlich-rechtliche Namensänderung, die nur auf

Antrag des Namensträgers erfolgt.

#### **Rechtsgrundlage:**

Gesetz zur Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndG), Verwaltungsvorschrift zum Gesetz zur Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndGVwV),

Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (DV-NamÄndG)

#### **Speicherdauer:**

Vorgangsdaten zur Namensänderung sowie deren Beurkundung werden 30 Jahre aufbewahrt und anschließend dem Stadtarchiv zur Übernahme angeboten.

#### **Empfänger personenbezogener Daten:**

Für die Antragsbearbeitung sind zu beteiligen:

Amtsgericht, Polizeidienststelle, Jugendamt.

Nach Stattgabe der Namensänderung sind die personenbezogenen Daten mitzuteilen an:

Standesamt, Meldebehörde, Polizeidienststelle, wenn dort Vorgänge über den Namensträger

vorhanden sind und Amtsgericht, wenn der Namensträger im Schuldnerverzeichnis eingetragen ist.

**Hinweise auf die Rechte der Betroffenen:**

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO)
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DSGVO)
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO zutrifft.
- d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

**Beschwerderecht:**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen

Prinzenstr. 5

30159 Hannover

Tel. 0511 120 4500

E-Mail: [poststelle@lfd.niedersachsen.de](mailto:poststelle@lfd.niedersachsen.de)